



**einfach
POLITIK:**

Einmischen. Mitentscheiden.

Über das Mitmachen in der Demokratie.



Heft in einfacher Sprache



bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung



Vorwort

Deutschland ist eine **Demokratie**.

Demokratie bedeutet,
dass Menschen gemeinsam entscheiden.

Sie entscheiden über die Dinge,
die alle etwas angehen.

Weil Deutschland eine Demokratie ist,
haben Sie das Recht, mitzuentcheiden.

Es ist auch Ihr Recht, sich einzumischen.

Wenn Sie Ihr Recht nutzen, zeigen Sie,

- was Sie wollen und
- was Ihnen wichtig ist.

In Ihrem Dorf oder Ihrer Stadt können Sie zum Beispiel
durch Wahlen und Abstimmungen mitentscheiden.

Sie haben auch viele Möglichkeiten, sich einzumischen:

- Sie können im Internet einen Kommentar schreiben.
- Sie können in einem Verein mitmachen.
- Oder Sie können demonstrieren.

Das sind nur wenige Beispiele.

Viele andere werden im Heft erklärt.

Inhalt

1. Was ist Politik?	Seite 5
2. Wer entscheidet über Regeln?	Seite 8
3. Regeln in der Demokratie	Seite 10
4. Demokratie braucht Einmischung	Seite 13
5. Beispiele für Entscheidungen in der Demokratie	Seite 18
6. Sich im Alltag für die eigene Meinung einsetzen	Seite 22
7. Gemeinsam mehr erreichen Demonstrationen Vereine und Verbände Mitmachen in einer Partei	Seite 32
8. Entscheidungen in Staat und Gemeinde Wahlen: Bürger und Bürgerinnen entscheiden Mitentscheiden als gewählter Vertreter Die Ausnahme: Politik als Beruf	Seite 45
9. Nachfragen und Mitmachen	Seite 50
Hier gibt es „Einmischen. Mitentscheiden.“	Seite 51
Wer hat das Heft gemacht?	Seite 51

1. Was ist Politik?

Vielleicht denken Sie bei dem Wort „Politik“
an den Bundestag, die Bundeskanzlerin oder an Parteien.
Zu Politik gehört aber viel mehr.

Politik beginnt in Ihrem Alltag.

Manchmal machen Sie etwas allein oder zu zweit.
Häufig aber auch mit mehreren Personen in einer Gruppe.
In einer Gruppe sind Sie nicht allein.
Wenn Sie etwas tun,
betrifft das auch die anderen in der Gruppe.

Wenn Sie zum Beispiel in einer Wohngemeinschaft wohnen
und dort nicht abwaschen,
sehen auch die anderen das schmutzige Geschirr.

Sie können also in einer Gruppe von Menschen
nicht machen, was Sie wollen.

**Damit alle gut zusammenleben können,
sind Regeln wichtig.**

An diese Regeln müssen sich alle halten.
Auch eine Wohngemeinschaft kann nur gut zusammenleben,
wenn es Regeln gibt.

Die Wohngemeinschaft muss über diese Regeln entscheiden.

Man kann sagen: Hier beginnt Politik.

Über diese Regeln wird in der Wohngemeinschaft gesprochen und gestritten.

Das ist ähnlich wie im Bundestag.

Auch im Bundestag wird über Regeln gesprochen und gestritten.

→ **Der Putzplan**

Eine Wohngemeinschaft braucht zum Beispiel Regeln darüber, wann geputzt wird oder wer den Müll rausbringt.

Die Abkürzung für Wohngemeinschaft ist WG.

Abspraken gelten für die ganze WG. Man kann die Absprachen nicht jeden Tag ändern.

Die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner machen Regeln für ihr Zusammenleben.

Sie schreiben zum Beispiel einen Putzplan.

Der Putzplan bleibt, auch wenn ein Mitbewohner auszieht. Sein Name muss dann auf dem Putzplan geändert werden.



Der Putzplan ist ein Beispiel für eine Regel in der WG.

Man kann deshalb auch sagen:

Die Bewohnerinnen und Bewohner machen Politik in ihrer WG.

Politik ist Handeln in Gruppen von Menschen.

Handeln ist, wenn Menschen etwas miteinander machen:

- Wenn Menschen miteinander reden und entscheiden, machen sie Politik.
- Wenn Menschen Regeln für Gruppen finden, machen sie Politik.
- Wenn Menschen Entscheidungen für Gruppen treffen, machen sie Politik.

Menschen machen nicht nur in einer WG Politik.

Menschen machen auch in anderen Gruppen Politik, zum Beispiel in Vereinen oder im Stadtrat.



2. Wer entscheidet über Regeln?

Regeln können **demokratisch** oder **nicht demokratisch** entstehen.

Nicht demokratisch ist es,
wenn nur einer allein über die Regeln entscheidet.
Vielleicht entscheidet nur die Mitbewohnerin,
die am längsten in der WG wohnt.
Sie sagt vielleicht: „Alle müssen sich an meine Regeln halten.“

Demokratisch ist es,
wenn die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner
gemeinsam über die Regeln entscheiden.
Wenn sie zum Beispiel darüber entscheiden, wer einziehen darf.

Demokratisch bedeutet aber **nicht**,
dass jeder immer über alles entscheidet.

Es gibt verschiedene **Wege, demokratisch zu entscheiden.**



→ **Wege, demokratisch zu entscheiden**

Die Mitbewohner in der WG können zum Beispiel Aufgaben verteilen.
Eine Mitbewohnerin macht vielleicht einen Einkaufsplan.
Und ein anderer Mitbewohner macht einen Putzplan.
Aber alle dürfen mitreden.

Vielleicht ist eine Person nicht mehr mit dem Putzplan einverstanden.
Dann kann die WG entscheiden, dass sie den Putzplan jetzt anders macht.

Auch das ist demokratisch.

In der WG können alle überlegen und darüber abstimmen:

- „Ist es für uns besser, wenn alle gemeinsam den Putzplan machen?“
- Oder ist es besser, wenn wir eine Person dafür auswählen?“

Auch das ist demokratisch.

Manchmal gibt es auch Streit.

Es ist nicht immer leicht, sich zu einigen.

Auch das gehört zur Demokratie.

Demokratisch heißt **nicht**, dass immer alle zufrieden sind.

Aber alle können und dürfen sich dafür einsetzen,

dass andere Regeln gelten

oder andere Entscheidungen getroffen werden.

Dafür können Sie sich einsetzen,

weil Deutschland ein demokratisches Land ist.

Man kann auch sagen: Deutschland ist eine Demokratie.



3. Regeln in der Demokratie

Wenn Sie in eine WG einziehen, dann können Sie entscheiden:

- „Finde ich die WG gut?“
- „Bin ich mit den Regeln einverstanden?“

Wenn Sie nicht mehr einverstanden sind,
können Sie mit den Mitbewohnern andere Regeln vereinbaren.
Sie können auch aus der WG ausziehen.

Anders ist es zum Beispiel mit dem Land, in dem Sie wohnen.
Sie sind dort geboren oder haben dort eine neue Heimat gefunden.
Ihr Land können oder wollen Sie nicht einfach wechseln.
Trotzdem müssen Sie sich an die Regeln Ihres Landes halten.

Alle Menschen müssen sich an diese Regeln halten.
Deshalb ist Politik in Deutschland,
in den Bundesländern und den Gemeinden sehr wichtig.

Politik ist Handeln in Gruppen von Menschen.

Politik legt Regeln und Entscheidungen für Gruppen fest.

Meistens sprechen wir nur dann von Politik,
wenn es um die Regeln und Entscheidungen geht,
die für alle gelten:

- in Europa,
- in Deutschland,
- in einem Bundesland
- oder in einer Stadt oder Gemeinde.

In **ganz Deutschland** müssen sich zum Beispiel alle Menschen an diese Regeln halten:

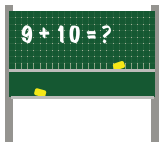


Alle, die ein Auto steuern wollen, brauchen einen **Führerschein**.



Alle Geschäfte dürfen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren keine **Zigaretten** verkaufen.

Manche Regeln gelten auch nur in einem **Bundesland**. Brandenburg und Bayern sind zum Beispiel Bundesländer.



Die Bundesländer regeln zum Beispiel, wie viele Jahre ein Kind zur **Schule** gehen muss.

Es gibt auch Regeln für **Städte und Gemeinden**.



In einigen Städten gilt zum Beispiel die Regel: Menschen dürfen Bier, Wein oder Schnaps nicht auf dem **Marktplatz** trinken.

Die Regeln sind aufgeschrieben in **Gesetzen und Verordnungen**. Das Grundgesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

Im Grundgesetz steht:

Regeln, die für alle gelten, müssen demokratisch entstehen.

Jeder darf sich informieren und mitreden.

Jeder darf mitreden und versuchen,
andere von seiner Meinung zu überzeugen.

Sie haben auch das Recht auf Information und
dürfen bei Ämtern und Behörden nachfragen.



Auf **Internetseiten** von Städten gibt es die Möglichkeit,
Fragen zu stellen oder sich zu beschweren.



Sie können auch persönlich zum **Bürgerbüro**
Ihrer Stadt oder Gemeinde gehen.
Dort hilft man Ihnen weiter.



Sie können auch die **Behördennummer 115** wählen.
Dort können Sie Fragen stellen.
Zum Beispiel können Sie fragen,
wo Sie sich beschweren können,
dass eine kaputte Ampel nicht repariert wird.

Die Bürger und Bürgerinnen entscheiden bei Wahlen und Abstimmungen.

Sie entscheiden zum Beispiel,
wer sie im Parlament oder im Stadtrat vertreten soll.

Die Räte und Parlamente beauftragen
Behörden, Ämter oder andere Einrichtungen,
zum Beispiel das Sozialamt oder den Bauhof.

Die Räte und Parlamente kontrollieren die Behörden und Ämter.

Jeder darf sich beschweren.

Auch Sie, wenn Sie zum Beispiel mit der Müllabfuhr
in Ihrer Stadt nicht einverstanden sind.

4. Demokratie braucht Einmischung

In manchen Ländern entscheiden nur bestimmte Menschen.

Das kann ein König, eine Partei, eine Familie
oder eine Gruppe von Offizieren sein.

Diese sind nicht demokratisch gewählt
und bestimmen trotzdem alles.

Wenn nur bestimmte Menschen alles entscheiden, heißt das **Diktatur**.

In einer Diktatur können die Herrschenden sagen:

„Wir entscheiden! Die Bürger müssen machen, was wir wollen.“

In einer **Demokratie** wie in Deutschland heißt es aber:

„Mischen Sie sich ein. Politik geht Sie etwas an!
Ihre Meinung ist wichtig.“

Für die Demokratie gibt es Gefahren:

- Wenn nur wenige Menschen wählen,
dann entscheiden nur wenige Menschen.
- Wenn sich nur wenige Menschen einmischen,
werden nur wenige gehört.

Dann gibt es eine große Gruppe von Menschen,
die sich nicht einmischt und nicht mitentscheidet.

Einige dieser Menschen denken vielleicht:

„Keiner hört auf uns, weil wir arm sind.

Deswegen mischen wir uns nicht ein und wählen nicht.“

Dann ist Folgendes möglich:

Weil sich diese Menschen nicht einmischen und nicht wählen,
wird wirklich weniger auf sie geachtet.

Und es wird weniger für diese Menschen getan.

Demokratie braucht viele Menschen, die mitreden,
sich einmischen und mitentscheiden.

Vielleicht denken Sie: „Allein kann ich nichts verändern.“
Sie können sich aber mit anderen Menschen zusammentun.
Vielleicht ändert sich dann etwas.

Die „Ehe für alle“



2017 wurde im Bundestag über die
„Ehe für alle“ abgestimmt.
Vorher konnte eine **Frau nur einen Mann** heiraten.
Und ein **Mann nur eine Frau**.



„Ehe für alle“ bedeutet:

- Auch **zwei Frauen können heiraten**.
- Auch **zwei Männer können heiraten**.



Wenn ein Mann einen Mann liebt
oder eine Frau eine Frau,
dann nennt man das **Homosexualität**.

Die meisten Menschen in Deutschland haben lange gedacht:
Nur ein Mann und eine Frau dürfen heiraten.
Dass homosexuelle Menschen heiraten, war undenkbar.

Homosexualität war bis 1969 eine Straftat.
Homosexuelle Männer bekamen eine Gefängnisstrafe.
Über homosexuelle Frauen stand nichts im Strafgesetzbuch.

Manche Menschen dachten, dass Homosexualität eine Krankheit sei.
Heute weiß man, dass Homosexualität keine Krankheit ist.

Es ist einfach so,
dass sich manche Männer in Männer verlieben
und manche Frauen in Frauen.

Und im Grundgesetz steht: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“
Das bedeutet auch: Niemand darf benachteiligt sein,
weil er oder sie homosexuell ist.

Irgendwann haben sich Menschen
für die „Ehe für alle“ eingesetzt.
Es waren zuerst nur sehr wenige.
Der Weg zur Entscheidung im Bundestag 2017
über die „Ehe für alle“ hat etwa 35 Jahre lang gedauert.

Die Entscheidung zeigt:
Manchmal denkt man, etwas ändert sich nie.
Aber man kann versuchen, es zu ändern.

Die „Ehe für alle“ ist ein Beispiel, dass Gesetze geändert werden können.
Dazu braucht es Einmischung und viel Geduld.

- Ende der 1980er-Jahre wurde die Diskriminierung Homosexueller stärker Thema in der Öffentlichkeit.
Diskriminierung bedeutet, dass es eine Benachteiligung oder Ausgrenzung von einzelnen Personen oder Gruppen gibt.
- Homosexuelle Menschen haben in der Öffentlichkeit gesagt:
„Ich liebe als Frau eine Frau“ oder „ich liebe als Mann einen Mann“.
Auch Politiker, Schauspieler oder Fernsehmoderatorinnen
haben öffentlich gesagt: „Ich bin homosexuell.“

- Das Zeichen für Homosexualität ist eine Regenbogenfahne. Viele haben sie deshalb an die Kleidung gesteckt.
- Es gibt einen Verband, der sich für homosexuelle Paare einsetzt. Er heißt Lesben- und Schwulenverband in Deutschland. Oder kurz gesagt: LSVD. Der LSVD hat zum Beispiel Postkarten an den Bundestag geschrieben. Darauf stand: Homosexuelle sollen nicht diskriminiert werden.
- In Zeitungen, Fernseh- oder Radiosendungen wurde viel über das Thema Ehe geschrieben oder gesprochen. Zum Beispiel sprach sich 1984 eine Redakteurin der Zeitschrift „Emma“ für die „Ehe für alle“ aus.
- Viele Menschen haben mit ihren Freunden über Homosexualität gesprochen. Und sie haben über die „Ehe für alle“ diskutiert. Manche sind dafür, manche aber auch dagegen.
- Unterschiedliche Personen haben **für** die „Ehe für alle“ demonstriert, zum Beispiel auf dem **Christopher Street Day.**



→ **Christopher Street Day**

Der Christopher Street Day ist ein Straßenumzug. Die größten deutschen Umzüge sind in Köln und Berlin.

Homosexuelle Paare demonstrieren für gleiche Rechte. Sie sagen: „Wir sind stolz, homosexuell zu sein.“

- Manche demonstrieren auch **gegen** die „Ehe für alle“. Im Internet sammeln manche zum Beispiel Unterschriften. Diese Menschen sagen:
„Die Ehe soll weiterhin nur zwischen Mann und Frau möglich sein.“
- Manche Parteien haben in ihren Parteiprogrammen die „Ehe für alle“ gefordert. Andere Parteien haben in ihren Parteiprogrammen gefordert, dass nur Mann und Frau heiraten sollen.
- 2013 gab es einen ersten Gesetzentwurf zur „Ehe für alle“.

Es haben sich viele Personen eingesetzt.

Dadurch änderte sich die Meinung Schritt für Schritt.

Manche Menschen sind immer noch gegen die „Ehe für alle.“

2017 wurde dann die „Ehe für alle“ im Bundestag abgestimmt.

Die meisten Abgeordneten stimmten dafür.

So gibt es jetzt die „Ehe für alle“.



5. Beispiele für Entscheidungen in der Demokratie

In Deutschland leben sehr unterschiedliche Menschen.
Jeder Mensch ist anders.
Jeder Mensch hat eigene Interessen, Wünsche und Ziele.

Einkaufen am Sonntag

Ein Beispiel für unterschiedliche Interessen
ist der verkaufsoffene Sonntag.

- Einige Menschen möchten zum Beispiel am Sonntag einkaufen.
Diese Menschen haben am Sonntag die meiste Zeit dafür.
Große Läden wünschen sich verkaufsoffene Sonntage.
Die Kunden sollen selbst entscheiden, ob sie am Sonntag einkaufen gehen.
Auch im Internet kann man am Sonntag bestellen.
- Andere Menschen finden es wichtig, dass die Geschäfte am Sonntag geschlossen sind.
Der Sonntag soll ein Ruhetag sein.
Kirchen und Gewerkschaften sind gegen den verkaufsoffenen Sonntag.
Sie sagen, dass auch Verkäufer und Verkäuferinnen Zeit zur Erholung und Zeit für ihre Familien brauchen.

Jeder will also etwas anderes.

Trotzdem muss man sich auf Regeln einigen und Entscheidungen treffen.

Die Regeln über den verkaufsoffenen Sonntag sind in den Bundesländern unterschiedlich.

Dabei werden die Interessen beider Seiten bedacht:

- die Interessen der Menschen, die für verkaufsoffene Sonntage sind,
- und die Interessen der Menschen, die gegen verkaufsoffene Sonntage sind.

In vielen Bundesländern dürfen die Geschäfte zum Beispiel an vier Sonntagen im Jahr öffnen.



Schwimmbadstreit in Bonn

Wenn Menschen mit politischen Entscheidungen nicht einverstanden sind, können sie etwas dagegen tun.

Ein Beispiel:

In Bonn gibt es alte Schwimmbäder.

Die Schwimmbäder müssen erneuert werden.

Das Erneuern der Heizung und der Technik kostet viel Geld.

Einige Bürger in Bonn hatten deshalb nichts dagegen, dass zwei alte Schwimmbäder geschlossen werden.

Sie waren für ein neues und modernes Schwimmbad.

Andere Bürger in der Stadt waren aber für das Erneuern der alten Schwimmbäder.

In diesem Fall muss man eine Entscheidung treffen.

Es kann nur eine Lösung geben.

Die Mehrheit entscheidet.

In Bonn hat die Mehrheit im Stadtrat entschieden, dass es ein neues Schwimmbad geben soll.

Viele Bonner waren gegen die Entscheidung.

Sie wollten, dass die alten Schwimmbäder erneuert werden.

Einige Bürger und Bürgerinnen gründeten Bürgerinitiativen.

Eine **Bürgerinitiative** ist eine Gruppe von Menschen mit einem gemeinsamen politischen Ziel.

Die Bürgerinitiativen in Bonn wollten, dass die alten Bäder bleiben.

Die Bürger und Bürgerinnen sollen mitentscheiden.

In Bonn gilt ein Gesetz zum **Bürgerbegehren**:

Bürger können Unterschriften sammeln
und vom Stadtrat etwas fordern.

Manchmal sammeln die Bürger genügend Unterschriften
und der Rat erfüllt die Forderungen trotzdem nicht.

Dann stimmen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt
selbst über die Forderung ab. Das heißt **Bürgerentscheid**.

In Bonn haben die Bürgerinitiativen genug

Unterschriften gesammelt,

aber der Stadtrat hat seine Entscheidung nicht verändert.

Deshalb wurde ein Bürgerentscheid durchgeführt.

Das Ergebnis vom Bürgerentscheid in Bonn war:

Der Beschluss des Stadtrates wird aufgehoben.

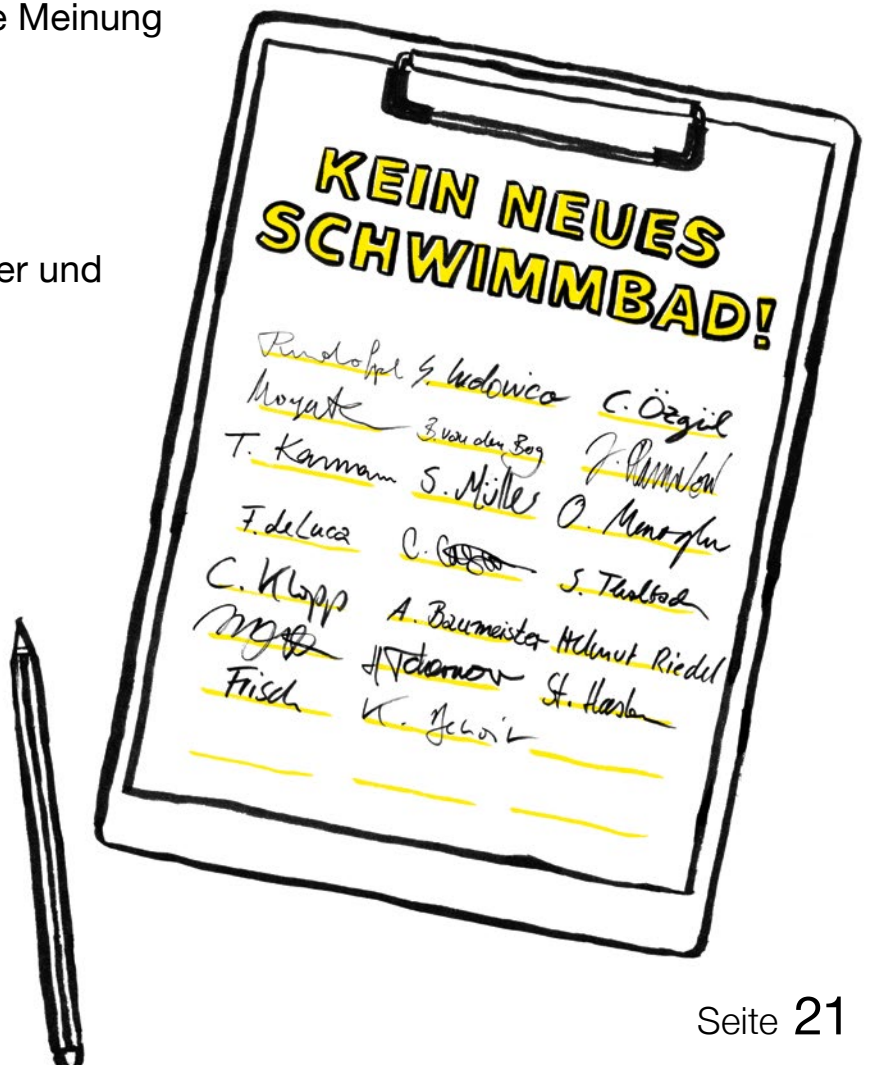
Es soll kein neues Schwimmbad geben.

Die Mehrheit hatte eine andere Meinung
als der Stadtrat.

An diesem Beispiel sehen Sie:

Auch wenn der Stadtrat schon
entschieden hat, können Bürger und
Bürgerinnen sich einmischen.

Manchmal kann sich eine
Entscheidung auch ändern.



6. Sich im Alltag für die eigene Meinung einsetzen

Auch in Ihrem Alltag machen Sie Politik.
Sie können sich einmischen.
Sie können sich für Ihre Meinung
und Ihre politischen Ziele einsetzen.

Fahrradstraßen

Sie wollen vielleicht,
dass mehr **Fahrradstraßen** gebaut werden.
Weil Ihnen nicht gefällt,
dass die Luft in den großen Städten immer mehr verschmutzt.

Sie können zum Beispiel Aufkleber verteilen,
auf denen steht: „Mehr Fahrradstraßen in meiner Stadt.“
Oder Sie sprechen mit anderen über Fahrradstraßen.

Einige Menschen sind anderer Meinung als Sie.
Sie sagen: „Auf den Straßen sind viele Autos
und es gibt deshalb viele Staus.
Fahrradstraßen nehmen den Autos Platz weg.
Und so gibt es noch mehr Staus.“

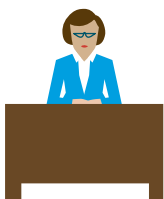
Andere sind der gleichen Meinung wie Sie.
Vielleicht, weil Sie mit Ihnen gesprochen haben
und die anderen Ihre Meinung gut finden.
Sie sagen: „Wenn es gute Fahrradstraßen gibt,
müssen nicht so viele Menschen Auto fahren.“

Vielleicht macht es Ihnen auch Spaß,
etwas gemeinsam mit anderen zu planen.
Sie planen vielleicht, gemeinsam mit Ihren Kollegen
mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren.
Dadurch lernen Sie Ihre Kollegen besser kennen
und tun außerdem etwas für den Umweltschutz.

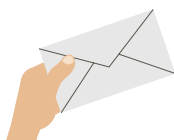
Sie können noch mehr tun:



Sie können in einen **Verein** eintreten,
der sich für die Interessen
von Fahrradfahrern einsetzt.



Sie können mit der **Bürgermeisterin**
Ihrer Stadt sprechen.
Ihre Bürgermeisterin hat vielleicht eine Sprechstunde.
Dort können Sie hingehen und sagen,
was Ihnen wichtig ist.



Sie können auch einen **Leserbrief**
an Ihre Zeitung schicken.



Mein Name ist **Ninia LaGrande**.

Ich arbeite als Moderatorin und Autorin.

Mir ist **Respekt** und **Gleichberechtigung** für alle wichtig. Deshalb setze ich mich zum Beispiel für die Rechte von Kindern, Menschen mit Behinderungen oder Frauen ein.

Auch andere Themen sind mir wichtig, zum Beispiel, was mit alten Gebäuden in meiner Stadt passiert, die erneuert werden müssten.

Oder der **Wahlkampf** zur Bundestagswahl.

Dazu mache ich Videos, schreibe Texte ins Internet und halte Vorträge.

Ich schreibe gerne lustige Texte und hoffe, dass viele Menschen über meine Texte lachen und nachdenken.

Vielleicht bilden sie sich dann eine eigene Meinung und sagen auch öffentlich, was sie denken. So können wir gemeinsam etwas ändern.

Sich einmischen, wenn Menschen ausgegrenzt werden

Bestimmte Menschen werden öfter als andere ausgegrenzt und abgewertet.

Zum Beispiel:

- Menschen, die aus einem anderen Land kommen oder deren Familie aus einem anderen Land kommt.
- Menschen, die eine andere Hautfarbe haben.
- Menschen, die eine Behinderung haben.
- Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts ausgegrenzt werden.
- Menschen, die aufgrund ihrer Religion ausgegrenzt werden.
- Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität ausgegrenzt werden.

Diese **Ausgrenzungen** beobachten Sie vielleicht in Ihrem Alltag.

- Vielleicht hören Sie jemanden sagen:
„Die Schwarzen sind doch alle dumm.“
- Vielleicht beobachten Sie,
wie jemand eine Frau an den Brüsten oder dem Po berührt.
Sie haben den Eindruck, dass die Frau das nicht will.
- Oder es fragt jemand Eltern mit einem behinderten Kind:
„Warum habt ihr das Kind nicht abgetrieben?“

→ **Ausgrenzungen im Alltag**

Aktion „Sag Nein zum Rassismus“

Auch im Fußball werden manchmal Menschen beleidigt, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben. Sie werden von anderen Spielern auf dem Spielfeld oder von Zuschauern auf der Tribüne beleidigt.

Deswegen hat der Fußballverband UEFA eine Aktion gestartet. Die Aktion heißt: „Sag Nein zum Rassismus“.

Auch die Spieler der deutschen Nationalmannschaft machen bei der Aktion mit.

Was bedeutet Rassismus?

Rassismus ist, wenn jemand denkt: Bestimmte Menschen, zum Beispiel mit weißer Hautfarbe, sind besser als andere Menschen.



In all diesen Fällen könnten Sie sich einmischen
und zum Beispiel sagen:

- „Das ist ein Vorurteil.
Ob man eine schwarze oder eine weiße Hautfarbe hat,
sagt nichts darüber aus, wie klug jemand ist.“
- Oder: „Haben Sie nicht gemerkt,
dass die Frau mit den Berührungen nicht einverstanden ist?“
Sie können auch zu der Frau sagen:
„Geht es Ihnen gut?
Sind Sie mit den Berührungen einverstanden?“
Manchmal ist es nämlich schwer,
zu sagen, dass man etwas nicht möchte.
- Oder Sie sagen:
„Behinderung gehört zum Menschsein dazu.
Behinderung ist normal. Jeder hat ein Recht auf Leben.“



Das erfordert Mut.

Vielleicht sind bei Ihnen aber auch Menschen,
die ähnlich denken wie Sie.

Vielleicht sind diese Menschen froh,
dass Sie Ihre Meinung gesagt haben.

Eine ganze Gruppe kann dann sagen:
„Beleidigung und Diskriminierung
gehören nicht zu einem guten Zusammenleben.“

Mischen Sie sich aber nur ein,
wenn Sie sich dabei nicht selbst in Gefahr bringen!



Das Internet: Information und Austausch

Im Internet können Sie sich informieren.

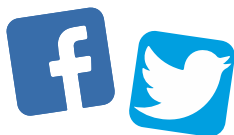
- Zum Beispiel, ob es in Ihrer Stadt einen Verein gibt, der Sie interessiert.
- Oder was Sie gegen Ausländerfeindlichkeit machen können.
- Oder auch über Religionen, die Sie nicht kennen.

Schauen Sie immer auf mehreren Internetseiten nach.

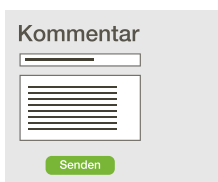
So lernen Sie unterschiedliche Meinungen zum Thema kennen.



Ihre Stadt oder Gemeinde hat auch eine **Internetseite**. Sie können dort lesen, wann der Bürgermeister eine Sprechstunde hat und welche Menschen Sie im Stadtrat vertreten.



Sie können in den **Sozialen Netzwerken** Artikel teilen, die Sie wichtig finden. Ein Soziales Netzwerk ist zum Beispiel Facebook oder Twitter.



Ihre Stadt will zum Beispiel ein Jugendzentrum bauen und Sie lesen darüber im Internet einen Artikel. Dann können Sie einen **Kommentar** schreiben: „Das Jugendzentrum ist eine tolle Idee. Ich finde wichtig, dass es für Rollstuhlfahrer barrierefrei ist.“ Dann kennen andere Ihre Meinung. Vielleicht haben viele andere dieselbe Meinung und schreiben auch Kommentare zu **Barrierefreiheit**. Jemand von der Stadt liest die Kommentare dann und weiß: Vielen Einwohnern ist Barrierefreiheit wichtig.

Jeder darf im Internet seine Meinung sagen.

Aber es ist verboten, zum Hass aufzurufen
oder anderen Menschen mit Gewalt zu drohen.

Vielleicht lesen Sie im Internet Artikel, die zu Gewalt aufrufen.
Oder Sie werden selbst beleidigt oder bedroht.

Das können Sie dagegen machen:

- Melden Sie die Texte bei den Betreibern.
Sie können Personen melden, die zu Hass aufrufen.
Wenn Sie zum Beispiel auf „Diese Person melden“ klicken,
können Sie auf Diskriminierung oder Hass hinweisen.
- Suchen Sie Hilfe bei Leuten, denen Sie vertrauen.
- Verbreiten Sie keine Hassnachrichten weiter.
- Entfernen oder blockieren Sie Menschen
aus Ihrer Freundesliste, die Hassnachrichten verbreiten.
- Sie können auch eine Strafanzeige
wegen Beleidigung bei der Polizei stellen.

Lassen Sie sich nicht einschüchtern!

→ **Barrierefreiheit**

Barriere bedeutet Hindernis.
Etwas ist dann barrierefrei,
wenn Menschen mit und ohne
Behinderung es in allgemein üblicher
Weise nutzen können.

Menschen mit Behinderung sollen

- ohne Probleme alle Häuser und
alle Wege benutzen können;
- ohne Probleme Geldautomaten,
Handys und Internet nutzen
können;
- ohne Probleme Briefe, Zeitungen
und andere Texte verstehen.

Beispiele für Barrierefreiheit sind:

- Ampeln mit Geräusch
für blinde Menschen;
- Häuser ohne Stufen und mit
Aufzügen;
- Hilfe durch einen
Gebärdensprachdolmetscher,
einen Blindenhund oder jemanden,
der einen Text vorliest.

Klicken Sie auf der Seite
www.behindertenbeauftragte.de
auf das Wort „Themen.“
Dort wird Barrierefreiheit genau erklärt.

Fairer Handel

Auch beim Einkaufen können Sie genau hinsehen.
Sie sind im Supermarkt und bekommen Appetit auf Schokolade.
In dem Regal liegen viele Sorten Schokolade.
Manche dieser Sorten haben ein besonderes Zeichen.
Das Zeichen bedeutet **Fairer Handel**.



Bauern und Hersteller in Afrika und Südamerika
bekommen für ihre Waren oft zu wenig Geld.
Weil sie zu wenig Geld bekommen,
reicht das Geld nicht zum Leben.
Der Faire Handel möchte das ändern.



Fairer Handel heißt auf Englisch **fairtrade**.
Wenn Sie diese **Zeichen** auf einem Produkt sehen,
kaufen Sie etwas fair Gehandeltes.



Sie finden vielleicht den fairen Handel gut.
Beim nächsten **Einkauf** entscheiden Sie sich deshalb
für Schokolade, Kaffee, Honig, Kleidung,
einen Fußball oder ein Fahrrad
mit einem Zeichen für fairen Handel.

Wenn Sie fair gehandelte Produkte kaufen,
zeigen Sie: „Mir ist fairer Handel wichtig.“
Die Handelsgesetze ändern sich dadurch aber nicht.
Um den Welthandel gerechter zu machen,
braucht man Geduld und viele Leute, die sich einmischen.



Ich bin **Maïke Raab** und bin 18 Jahre alt.
In unserer **Schule** gibt es eine **Arbeitsgemeinschaft**,
die **Produkte aus fairem Handel** verkauft.
Wir wollen damit auf den ungerechten Welthandel
aufmerksam machen.

Oft diskutieren wir auch über fairen Handel
und andere politische Themen.
Wir setzen uns auch für andere Menschen ein.
Zum Beispiel treffen wir uns mit Flüchtlingen
und üben mit ihnen Deutsch.

Das können Sie zum Beispiel machen:

- Sie können in einem Verein mitmachen,
der sich für einen gerechten Welthandel einsetzt.
Der Verein macht zum Beispiel einen Diskussionsabend
oder einen Informationsstand über fairen Handel.
- Sie können eine Partei wählen,
die die gleiche Meinung zum Welthandel hat wie Sie.
Was eine Partei will, steht im Parteiprogramm.
- Sie können Bekannte auf interessante Internetseiten
zum Welthandel hinweisen.
- Sie können eine Petition unterschreiben
oder selbst eine verfassen.
Eine **Petition** ist ein Text, in dem Sie sich
über Gesetze und Entscheidungen beschweren
oder in dem Sie um etwas bitten können.

Gesetze und Verträge zum Handel in der Welt können geändert werden.

Wenn viele Menschen in Europa und der ganzen Welt
sich dafür einsetzen, können die Gesetze und Verträge gerechter werden.

7. Gemeinsam mehr erreichen

Allein ist es schwer, politische Ziele zu erreichen.
Gemeinsam mit anderen geht es besser
und es macht mehr Spaß.

Man kann sich treffen,
gemeinsam nachdenken und Vorschläge machen.
Zum Beispiel für sicheren Radverkehr in der Stadt.

Man kann sich auch mit vielen Menschen ein paar Stunden
treffen und gemeinsam zeigen, wofür oder wogegen man ist.
Zum Beispiel kann man für mehr Zusammenarbeit in Europa
oder gegen zu wenige Lehrer an Schulen sein.
Wenn sich viele Menschen treffen und gemeinsam sagen,
wofür oder wogegen sie sind, heißt das **Demonstration**.

Demonstrationen

Eine Demonstration ist
eine öffentliche Versammlung von Menschen,
die draußen stattfindet.

Dabei gehen die Menschen oft mit Lautsprechern und Plakaten
durch die Straßen einer Stadt.

Vielleicht wollen Sie wissen,
wo man eine Demonstration anmeldet
oder wie man eine Demonstration plant.
Dann können Sie bei Ihrer Stadt nachfragen.

Oder Sie fragen eine Person,
die schon Demonstrationen geplant hat.

Wenn die Demonstranten und Demonstrantinnen stehen bleiben
oder sich die Menschen an einem Ort im Freien treffen,
heißt die Versammlung **Kundgebung**.

Man beachtet eine Demonstration oder Kundgebung meist stärker,

- je mehr Menschen an einer Demonstration teilnehmen
- oder je häufiger für ein bestimmtes Thema demonstriert wird.

In Deutschland haben Sie das Recht, zu demonstrieren.

Das Recht steht im Grundgesetz.

Das Recht, zu demonstrieren, gehört zur Demokratie.

Sie können demonstrieren wofür oder wogegen Sie wollen:

Für höhere Löhne, gegen den Umbau eines Bahnhofs,
für oder gegen ein neues Gesetz.



Mein Name ist **Simon Schmitz**, ich bin 18 Jahre alt
und komme aus der Nähe von Aachen.

Gemeinsam mit meinen Freunden gehen wir
auf **Demonstrationen**. Wir demonstrieren
für das **Abschalten des Kernkraftwerks Tihange**.

Das Atomkraftwerk dort ist alt.
Wir wollen, dass es abgeschaltet wird.
Der Weiterbetrieb ist zu gefährlich
für die Menschen in der Umgebung.

Ich setze mich lieber für erneuerbare Energien ein.

Friedliche Demonstrationen

Ein bekanntes Beispiel für friedliche Demonstrationen sind die **Montagsdemonstrationen** in der **DDR**.

→ DDR

DDR ist die Abkürzung für **Deutsche Demokratische Republik**.

Von 1945 bis 1990 war Deutschland geteilt.
Die DDR war ein Teil von Deutschland.
Der andere Teil hieß Bundesrepublik Deutschland.

Seit 1990 ist Deutschland wiedervereinigt.
Ganz Deutschland heißt jetzt Bundesrepublik Deutschland.

In der DDR haben sich 1989/1990 – vor allem in Leipzig – mehrere Hunderttausend DDR-Bürger und Bürgerinnen versammelt.

In Leipzig demonstrierten DDR-Bürger und -Bürgerinnen jede Woche am Montag nach 17 Uhr.

Sie haben gegen die Politik in der DDR demonstriert.

Das Ziel der Demonstrationen war Demokratie in der DDR.

- Es sollte nicht mehr nur eine Partei herrschen.
- DDR-Bürger und Bürgerinnen sollten in andere Länder reisen dürfen.
- Die Bürger und Bürgerinnen forderten die Abschaffung der Stasi.

Stasi ist die Abkürzung für **Staatssicherheitsdienst**.

Die Stasi hat die Bürger und Bürgerinnen in der DDR überwacht.

In der ehemaligen DDR gab es auch **Mahnwachen**,
zum Beispiel für die Freilassung politischer Gefangener.
Auch mit Mahnwachen kann man demonstrieren.
Mahnwachen sind ein friedlicher Protest.
Bei Mahnwachen stehen Menschen meist schweigend
mit Schildern in der Öffentlichkeit.
Sie wollen damit auf ihr Thema aufmerksam machen.

In der DDR waren Demonstrationen fast immer verboten.
Die Menschen haben aber trotzdem friedlich demonstriert,
zum Beispiel bei den Montagsdemonstrationen.



Ich bin **Mathias Passeck**. Ich bin über 50 Jahre alt,
verheiratet und habe zwei Töchter.

Ich arbeite als Handwerker und spreche täglich
mit meinen Kollegen über die Ängste und Sorgen, die wir
haben.

Als junger Mann habe ich **gegen die DDR demonstriert**.
Ich demonstriere auch heute.

Ich finde wichtig, dass bei Demonstrationen
die „kleinen Leute“ ihre Meinung sagen können.
So lebt die Demokratie, auch wenn gerade keine Wahl ist.

Manchmal wünsche ich mir
Volksabstimmungen wie in der Schweiz.
Dann könnten die Bürger und Bürgerinnen
öfter mitentscheiden.

Ziviler Ungehorsam

Wenn Bürger und Bürgerinnen zivilen Ungehorsam leisten, tun sie Dinge, die eigentlich gegen das Gesetz sind.

Sie wissen, dass man sie bestrafen kann.

Ihnen geht es nicht um den persönlichen Vorteil.

Sie wollen sich nicht rächen.

Sie wollen dadurch auch nicht reich werden.

Die Bürger und Bürgerinnen wollen auf Unrecht aufmerksam machen.

Sie wollen zum Beispiel darauf hinweisen,

dass Menschenrechte verletzt werden.

Oder sie wollen sich für die Demokratie einsetzen.

Ziviler Ungehorsam ist ein friedlicher Protest ohne Gewalt.

Ein Beispiel:

Rosa Parks lebte in den USA.

Rosa Parks ist 1913 geboren und 2005 gestorben.

1955 gab es das Gesetz:

In Bussen durften Schwarze

nur auf Sitzen im hinteren Teil sitzen.

Schwarze mussten für Weiße aufstehen.

Rosa Parks war eine Schwarze.

Sie weigerte sich, für eine Weiße aufzustehen.

Sie leistete damit zivilen Ungehorsam.

Darum wurde Rosa Parks verhaftet.

Das fanden viele Schwarze ungerecht.

Viele fassten den Entschluss:

„Wir lassen uns das nicht mehr gefallen.“

Viele der Schwarzen Bevölkerung entschlossen sich:

„Wir fahren alle am Tag der Gerichtsverhandlung
von Rosa Parks nicht mit dem Bus.“

Damit zeigten Sie:

„Wir wollen gleiche Rechte für Schwarze und Weiße.“

Fast alle Schwarzen fuhren auch danach
längere Zeit nicht mit dem Bus.

Deshalb haben die Busfirmen zu wenig Geld verdient.

Sie fuhren so lange nicht mit dem Bus,
bis die Gerichte entschieden:

Schwarze und Weiße dürfen sich überall im Bus hinsetzen.

Das Beispiel zeigt einen friedlichen Protest.

Rosa Parks setzte sich so

für gleiche Rechte für Schwarze und Weiße ein.



Vereine und Verbände

In einem **Verein** schließen sich Menschen freiwillig und über längere Zeit zusammen.
Mehrere Vereine mit ähnlichen Zielen können sich zu einem **Verband** zusammenschließen.

Menschen in einem Verein haben ein gemeinsames Ziel.
In einem Verein gelten bestimmte Regeln.
Neue Mitglieder können in einen Verein eintreten.
Mitglieder können auch wieder austreten.
Der Verein bleibt dann bestehen
und die vereinbarten Regeln ändern sich nicht.

Vereine in Deutschland müssen demokratisch sein:

- Die Mitglieder wählen den Vorstand demokratisch.
- Über die wichtigsten Regeln sollen die Mitglieder demokratisch entscheiden.

In einem Verein gibt es oft regelmäßige Treffen.
Dort können sich Menschen kennenlernen.
Menschen können in einem Verein ihre Freizeit verbringen.
Oft haben die Menschen in einem Verein ähnliche Interessen,
zum Beispiel ihren Garten oder Fahrradfahren in der Stadt.

In dem Verein können die Menschen machen,
was sie gemeinsam interessiert.

Bei manchen Vereinen oder Verbänden
sind die Interessen und Ziele auch politisch.

Ein Ziel ist dann politisch, wenn es darum geht,
die Regeln in Stadt, Land oder Gemeinde zu verändern.

Oft setzt sich ein Verein für die Interessen einer bestimmten Gruppe ein.

Zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC).

Der ADFC ist ein Verein,
der sich für die Interessen von Fahrradfahrern einsetzt.

Zum Beispiel ist ein politisches Ziel vom ADFC:

Mehr Sicherheit für Radfahrer und Umweltschutz im Verkehr.

Zum Beispiel durch mehr Fahrradstraßen.

Manche Vereine haben eher politische Ziele,
zum Beispiel der ADFC.

Andere Vereine haben weniger politische Ziele,
zum Beispiel ein Modellbauverein.





Ich bin **Philipp Gausmann** und war lange in meinem Heimatort Jugendgruppenleiter.

Jetzt arbeite ich gerade ehrenamtlich in einem **Jugendbüro**, das die Arbeit in den verschiedenen Orten vernetzt.

Wir bieten zum Beispiel Kurse für Jugendliche an, die Jugendgruppen leiten wollen. Ich leite auch bald solche Kurse.

Vor der Bundestagswahl haben wir die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag zu uns eingeladen.

Wir haben gefragt, was sie genau für Jugendliche machen. Wir haben von unserer Arbeit erzählt und gefordert, dass Jugendarbeit stärker unterstützt wird.

Jugendvereine und Jugendverbände

Jugendverbände sind Zusammenschlüsse von Vereinen für Jugendliche.

Jugendverbände machen zum Beispiel Freizeitangebote wie Gruppentreffen oder Ferienfreizeiten.

Jugendliche organisieren dort Treffen oder gemeinsame Aktionen.

Jugendliche bereiten etwas gemeinsam vor und können ausprobieren, vor Gruppen zu sprechen oder Treffen zu leiten.

Beispiele für Jugendverbände sind:

- die Jugendverbände der politischen Parteien;
- Jugendverbände der Kirchen;
- Umweltjugendverbände;
- Pfadfinder.



Manche Jugendverbände haben auch politische Ziele.

Sie setzen sich für die Interessen von Jugendlichen ein.

Sie wollen die Regeln in der Stadt verändern.

Sie wollen, dass die Stadt die Interessen der Jugendlichen stärker berücksichtigt.

Vielleicht setzen sich die Jugendverbände für die Erneuerung des Jugendzentrums ein.

Oder sie setzen sich für eine neue Skaterbahn in der Stadt ein.

Manche Jugendverbände wählen auch Vertreter und Vertreterinnen, die sich in der Stadt für die Interessen von Jugendlichen starkmachen.

Sie schicken zum Beispiel Vertreter und Vertreterinnen in den Stadtjugendring.

Einen **Stadtjugendring** gibt es in vielen Städten in Deutschland.

Der Stadtjugendring berät zum Beispiel einen Stadtrat bei Themen, die Jugendliche betreffen.

Und es gibt Landesjugendringe und einen Bundesjugendring.

Mitmachen in einer Partei

Eine Partei ist ein Zusammenschluss von Menschen mit gemeinsamen politischen Zielen.

Die Menschen haben ähnliche Ideen. Sie überlegen:

- Was wollen wir für unsere Stadt, unser Bundesland oder für Deutschland besser machen?
- Oder: Was soll so bleiben, wie es ist?

Vielleicht möchten Sie in einer Partei mitmachen.

Dazu können Sie sich in einem Büro der Partei in Ihrer Stadt oder Gemeinde melden.

Dort können Sie die Mitgliedschaft in der Partei beantragen.

Das ist eine Anmeldung in der Partei.

Sie tragen Ihren Namen und Ihre Adresse ein.

Sie tragen Ihre Kontoverbindung ein.

In einer Partei zahlt man einen Mitgliedsbeitrag.

Damit finanziert sich die Partei.

Wer wenig Geld verdient,
zahlt meistens einen kleineren Geldbetrag.

Man kann eine Anmeldung
für eine Partei auch im Internet ausfüllen.

Wenn Sie sich angemeldet haben, sind Sie Mitglied in der Partei.

Wenn Sie Mitglied in einer Partei sind, können Sie sehr viel tun.

Sie können zum Beispiel zu vielen Treffen der Partei gehen.

Sie können aber auch wenig tun.

Zum Beispiel können Sie zu wenigen Treffen hingehen.

Oder Sie können auch zu gar keinem Treffen hingehen.

Dann zahlen Sie nur einen Mitgliedsbeitrag.

Wenn Sie Aufgaben in einer Partei übernehmen wollen,
sind hier einige Möglichkeiten:

Parteiprogramm

1. Weiterbildungen
2. schnelles Internet
3. fairer Handel
- ...

Sie können Vorschläge für
die **Parteiprogramme** machen.
In Parteiprogrammen stehen
die Ziele der Partei.



Sie können beim **Wahlkampf** helfen.
Sie stehen zum Beispiel auf dem Wochenmarkt
an einem Stand ihrer Partei.
Oder Sie verteilen Broschüren
und hängen Wahlplakate auf und ab.



Oder Sie können
Ihre **Ideen aufschreiben**
und den anderen
Parteimitgliedern zusenden.



Sie können **Treffen planen**,
zum Beispiel eine Versammlung
oder ein Fest.



Parteien haben oft auch noch **Arbeitsgemeinschaften**,
in denen Sie mitmachen können,
zum Beispiel für junge Menschen, für Frauen,
für Senioren, für Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Diese Aufgaben können Sie meistens auch übernehmen,
wenn Sie kein Mitglied in einer Partei sind.
Viele Parteien freuen sich, wenn Nichtmitglieder mitmachen.

Es gibt auch Dinge, die Sie nur machen können,
wenn Sie Mitglied in einer Partei sind.
Zum Beispiel treffen sich Mitglieder bei Versammlungen.
Dort gibt es Wahlen und Entscheidungen,
an denen nur Mitglieder teilnehmen dürfen.
Nur Mitglieder dürfen zum Beispiel mitentscheiden,
wer Parteisprecherin wird oder wer für das Geld zuständig ist.

Parteien sind so ähnlich wie Vereine. Es gibt aber einen Unterschied.
Parteien können Personen für die Wahlen in Deutschland vorschlagen.
Diese Personen heißen **Kandidaten und Kandidatinnen**.
Wer zum Beispiel Kandidat oder Kandidatin für den Stadtrat werden soll,
dürfen nur die Mitglieder entscheiden.

Alle Parteien wollen,
dass die Bürger und Bürgerinnen ihre Kandidaten wählen.
Je mehr Kandidaten einer Partei bei Wahlen gewählt werden,
desto besser können die Vorschläge der Partei im Stadtrat,
im Landesparlament oder im Bundestag umgesetzt werden.



Mein Name ist **Katja Schröder**.
Ich bin **Lehrerin** und leite eine Schule für alle Kinder
von der ersten bis zur vierten Klasse.
In meiner Freizeit bin ich in einer **Partei** politisch aktiv
und arbeite in meinem **Ortsverein** im Vorstand mit.
Ich wohne mit meinem Mann und meinen zwei Kindern
in Niedersachsen.

Bald sind in Niedersachsen Wahlen.
Deshalb spreche ich mit vielen Menschen und sage:
Es ist wichtig, zur Wahl zu gehen und seine Meinung
zu vertreten.
Ich erkläre auch, warum sie meine Partei wählen sollen.
Ich setze mich dafür ein, dass alle Kinder
gerechte Chancen haben, gut lernen zu können.

8. Entscheidungen in Staat und Gemeinde

Wahlen: Bürger und Bürgerinnen entscheiden

Wahlen sind die wichtigste und einfachste Möglichkeit, über die Politik mitzuentcheiden.

Wählen ist ein Grundrecht für Bürger und Bürgerinnen.

Bei Wahlen entscheiden die Bürger und Bürgerinnen darüber, wer sie zum Beispiel im Stadtrat oder Bundestag vertreten soll.

In Deutschland gibt es verschiedene politische Wahlen:

- Bei **Kommunalwahlen** wählen Sie zum Beispiel den Stadtrat oder den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin.
- Bei **Landtagswahlen** wählen Sie den Landtag in einem Bundesland (zum Beispiel Berlin oder Bayern).
- Bei **Bundestagswahlen** wählen Sie den Deutschen Bundestag. Für die Bundestagswahl gibt es auch das Heft „*einfach* POLITIK: Bundestagswahlen“.
- Bei der **Europawahl** wählen Sie das Europäische Parlament.

Sie bekommen vorher eine Wahlbenachrichtigung.

Eine **Wahlbenachrichtigung** ist eine Einladung zur Wahl.

Sie können wählen, was Sie wollen.

Sie können sich bei einer Wahl nicht falsch entscheiden.

Allein Ihre Meinung ist wichtig!

Mitentscheiden als gewählter Vertreter oder gewählte Vertreterin

Vielleicht möchten Sie bei einer Wahl nicht nur andere Menschen wählen. Vielleicht wollen Sie selbst gewählt werden.

Sie können sich zum Beispiel in den **Stadtrat** wählen lassen. Der Stadtrat trifft Entscheidungen für die Stadt. Der Stadtrat entscheidet zum Beispiel darüber, ob der Fußballverein einen neuen Fußballplatz bekommt.

In einem kleineren Ort heißt der Stadtrat **Gemeinderat**.

Sie können sich auch in den **Kreistag** wählen lassen. Der Kreistag trifft politische Entscheidungen für den Landkreis.

Darum wollen Menschen sich wählen lassen:

- Sie haben Lust, etwas zu verändern.
- Sie möchten sich gemeinsam mit anderen Menschen Lösungen überlegen.
- Sie wollen sich für die Interessen der Bürger oder der Region einsetzen.
- Sie wollen über die Zukunft der Region mitentscheiden.
- Sie wollen Einfluss haben.

Die Mitglieder im Stadtrat oder Kreistag haben noch einen anderen Beruf.

Sie arbeiten ehrenamtlich im Stadtrat oder Kreistag.

Ehrenamtlich bedeutet, dass sie für ihre Arbeit kein oder nur wenig Geld bekommen.

Kosten für die Arbeit im Stadtrat oder Kreistag werden aber erstattet.

Deshalb bekommen die Mitglieder zum Beispiel Fahrtkosten ersetzt.

Andere Möglichkeiten, sich einzubringen

Sie können auch Mitglied in einem **Beirat** sein.

In einem Beirat arbeiten mehrere Menschen zusammen.

Sie setzen sich für bestimmte Gruppen ein.

Es gibt zum Beispiel:

- einen Beirat für Senioren und Seniorinnen,
- einen Beirat für Menschen mit Behinderungen,
- einen Beirat für Ausländer und Ausländerinnen.

09:00



Ärztin



Postbote



Bäckerin

18:00



Stadtrat

In manchen Städten gibt es auch ein **Jugendparlament**.
Vertreter und Vertreterinnen für das Jugendparlament
werden von den Jugendlichen gewählt.
Zum Beispiel in den Schulen einer Stadt oder im Internet.
Die Vorschläge und Entscheidungen
der Beiräte und des Jugendparlaments
muss der Rat nicht umsetzen.
Beiräte und das Jugendparlament beraten den Gemeinderat.



Die Ausnahme: Politik als Beruf

Manche Menschen arbeiten beruflich als Politiker oder Politikerin. Sie bekommen in der Zeit, in der sie gewählt sind, so viel Geld, dass sie in keinem anderen Beruf arbeiten müssen.

Zum Beispiel: die Abgeordneten im Europaparlament, im Deutschen Bundestag oder in vielen Landesparlamenten.

Die Abgeordneten haben viele Aufgaben, zum Beispiel:

- Sie lesen viele Vorschläge über neue Gesetze.
- Sie schreiben selbst Vorschläge für neue Gesetze und besprechen die Vorschläge mit anderen.
- Sie informieren sich, wie die Regierung Geld ausgibt.
- Und sie hören die Meinung der Bürger und Bürgerinnen an.

Deshalb haben sie für einen anderen Beruf keine Zeit.

Viele Aufgaben in Staat oder Gemeinde haben auch:

- die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident,
- die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Bundesländer,
- die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen im Hauptberuf.

Sie bekommen auch Geld und müssen nicht in einem anderen Beruf arbeiten.

Es ist wichtig, dass

- junge und alte Menschen,
- Männer und Frauen,
- Menschen unterschiedlicher Herkunft und Erfahrung

wichtige Aufgaben in der Politik bekommen.

So ist es leichter möglich, dass sich die Menschen vertreten fühlen.

9. Nachfragen und Mitmachen

Im Heft konnten Sie viel darüber lesen,
wie Sie sich einmischen und mitentscheiden können.

- Vielleicht ist Ihnen etwas eingefallen,
mit dem Sie unzufrieden sind.
- Oder Sie haben Lust bekommen, mitzumachen.

Vielleicht fragen Sie sich jetzt:

Wie geht Einmischen und Mitentscheiden genau?

- Wer ist zum Beispiel der richtige Ansprechpartner,
wenn ich eine Bürgerinitiative starten will?
- Woher bekomme ich Informationen
über die Vereine in meiner Stadt?
- Wie finde ich heraus,
wann die Bürgermeisterin ihre Sprechstunde hat?

Es ist eine gute Idee,

jemanden um Hilfe zu bitten, der sich auskennt.

Sie können jemand fragen,

- der schon mal im Stadtrat war,
- der in einem Verein ist,
- der in einer Partei ist,
- der schon einmal eine Demonstration organisiert hat.

Wenn Ihnen da niemand einfällt,
können Sie im Bürgerbüro Ihrer Stadt anrufen.

Wenn Sie sich einmischen und mitentscheiden, können Sie erleben:

Ich habe Einfluss, meine Stimme zählt.

Viel Erfolg!

Hier gibt es „Einmischen. Mitentscheiden.“

Auf bpb.de/shop/einfach-politik online bestellen:

- „Einmischen. Mitentscheiden. Heft“ (Bestellnummer: 9403)
- „Einmischen. Mitentscheiden. Audio-CD“ (Bestellnummer: 9382)

Oder per Post bestellen: Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock

Auf bpb.de/einfach-fuer-alle lesen oder hören:

- „Einmischen. Mitentscheiden. Hörbuch“
bpb.de/277440
- „Einmischen. Mitentscheiden. Webseiten“
bpb.de/einfach-einmischen

Wer hat das Heft gemacht?

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
info@bpb.de

Redaktion

Wolfram Hilpert

Text

Dorothee Meyer, Sarah Dreyer, Liza Holetzke

Mitgearbeitet haben: Bettina Lindmeier, Andreas Finken, Sebastian Pörschke, Uwe Reinecke

Frederike Arndt, Anna Huskamp, Charlotte Kayani, Merle Krebs, Denise Lüttgering, Thomas Nentwig, Elya Omar, Diane Pätsch, Tim Rößler, Marcus Sambou, Anna Stranghöner, Justus-Adrian Weber, Michael Weiss, Ewelina Witt

Das Heft ist Ergebnis des Seminars „Gemeinsam Lernen“. Gemeinsam Lernen ist ein inklusives Seminar an der Leibniz Universität Hannover.
Mehr Informationen gibt es im Internet:
www.gemeinsamlernen.uni-hannover.de

Fachkonzept

Bettina Zurstrassen

Juristische Begutachtung

Gudula Geuther

Illustrationen und Layout

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Fotonachweise

S. 1/52: (c) picture alliance / Geisler-Fotopress
(Tanz-Flashmob „One Billion Rising“ gegen Gewalt gegen Frauen vor dem Brandenburger Tor am 14.02.2014) //
S. 2: (c) Florian Boillot / Süddeutsche Zeitung Photo

Druck

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag,
Karl-Schurz-Straße 26, 33042 Paderborn

Bestellnummer

9403

ISBN

978-3-8389-7159-9

2. Auflage, Mai 2021

(Anmerkung: Alle im Heft wiedergegebenen persönlichen Stellungnahmen sind originalgetreu aus der 1. Auflage 2017 übernommen.)

Einmischen und Mitentscheiden

Politik wird nicht nur im Bundestag
oder von der Bundeskanzlerin gemacht.
Politik ist, wenn Menschen versuchen,
gemeinsam Regeln für ihr Zusammenleben zu finden.

Politik hat auch mit Ihnen und Ihrem Alltag zu tun.

Sie machen auch Politik,

- wenn Sie sich gegen Ungerechtigkeit im Verein oder auf einer Demonstration starkmachen;
- wenn Sie sich in einem Leserbrief oder beim Bürgermeister über kaputte Ampeln beschweren.

Streit ist manchmal wichtig.

Alle Menschen haben unterschiedliche Ziele und Interessen.

Mischen Sie sich ein!

